

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

**„Nachhaltiges, ökologisches und faires Handeln beginnt auf lokaler Ebene“**

### **Bericht von der Bürgerkonferenz Freiburg, 27.04.2012 im Historischen Kaufhaus**

Im Rahmen des entwicklungspolitischen Dialogs des Landes Baden Württemberg, WELT:BÜRGER GEFRAGT!, moderiert durch die Evangelische Akademie Bad Boll, fand am 27.04. die Bürgerkonferenz Freiburg statt. Etwa 120 Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um mit Minister Peter Friedrich über die Zukunft der entwicklungspolitischen Arbeit des Landes zu diskutieren.



In seinem Grußwort hob Oberbürgermeister Dr. Salomon hervor, dass die Zivilgesellschaft in Freiburg äußerst erfolgreich arbeite. Die neun Städtepartnerschaften, darunter Wilwili in Nicaragua und Isfahan im Iran, seien vor allem durch bürgerschaftliches Engagement getragen. Initiativen wie das IZ3W (Informationszentrum Dritte Welt) zeugten ebenfalls davon. Auch die Stadtverwaltung selbst sei sich ihrer Verantwortung bewusst und hat sich der Initiative „Faires Rathaus“ angeschlossen, die die Umstellung der kommunalen Beschaffung auf faire Produkte befördert. Daher habe die Kommune auch den von der SEZ verliehenen Preis der landesweiten Initiative „Meine Welt. Deine Welt. Eine Welt“ erhalten. Das Vorhaben, Entwicklungspolitik im Bürgerdialog zu gestalten, begrüßte er daher nachdrücklich. Die verschiedenen Foren der Eine-Welt-Arbeit zu vernetzen und an einen Tisch zu bringen, sei ein Novum und absolut lobenswert.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### **Minister Friedrich: „Auch die Länder haben einen entwicklungspolitischen Auftrag“**

Minister Friedrich hob in seiner Einführung hervor, dass Baden-Württemberg sich seiner Verantwortung als führende Exportregion in Europa bewusst sein müsse. Die Unterstützung von Projekten sei zwar zunächst eine Bundesaufgabe. Gleichwohl hätten die Länder den Auftrag, das Konsumverhalten, Unternehmensstrukturen und Wohlstandssicherung zu überdenken und neu zu organisieren. Darum sei es das Ziel der Landesregierung, sich selbst Leitlinien für ihr entwicklungspolitisches Handeln zu geben. Entwicklungszusammenarbeit werde in diesem Zusammenhang begriffen als Querschnittsaufgabe, und die Ansiedelung des Themas im Staatsministerium erlaube eine ressortübergreifende Koordination.

Ein Gewinn könne sein, so Minister Friedrich, dass beispielsweise im Gespräch über Afghanistan über Entwicklung und nicht über militärische Maßnahmen geredet werden könne. Ebenso betonte er das Potenzial von Migrantinnen und Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg. Sie könnten mit ihrer Expertise als wertvolle Scharniere wirken.

### **Diskussion im Plenum: „Solarenergie ist auch ein Friedensprojekt“**

Die somit aufgezeigten Themen wurden in einer anschließenden Plenumsdiskussion mit dem Oberbürgermeister und Minister Friedrich vertieft und ergänzt, moderiert durch Pfarrer Wolfgang Wagner, Evangelische Akademie Bad Boll.



Dabei wurde unter anderem angesprochen, dass „Entwicklung“ nicht als einseitige Hilfe verstanden werden dürfe, sondern unsere Aufgabe vielmehr verantwortliches Handeln sei. In diesem Sinne könne man im Staatsministerium auch den Aufgabenbereich „Verantwortung“ ansiedeln.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Hilfe zur Selbsthilfe müsse kontrolliert werden, und Projekte sollten vorausschauend angelegt sein. Hierzu fügte der Minister an, dass das Baden-Württembergische Kooperationsmodell Gleichberechtigung bedeute. Ein weiteres Thema war der Klimaschutz. Auf diesem Gebiet seien einseitige Subventionen beispielsweise für Wärmeschutz kaum ausreichend. Auch hier müsse eine weiter gefasste, nachhaltige Politik handeln. Die Frage des Lebensstils jedes einzelnen Bürgers wurde ebenso aufgeworfen wie der Gedanke einer Beschränkung von Industrie. Minister Friedrich merkte diesbezüglich an, dass mit der Verzichtsforderung nicht für mehr Gerechtigkeit gesorgt werde. Selbstbeschränkung sei hier weniger angebracht, vielmehr müsse Entwicklungspartnerschaft verbunden werden mit den Möglichkeiten, die Fortschritt, Industrie, Technik und Innovation bieten. „Darum ist für mich Solarenergie auch ein Friedensprojekt“.

Ebenfalls angesprochen wurde die bundesdeutsche Praxis der Flüchtlingspolitik, in der Menschenunwürdigkeit beklagt wurde. In seiner Entgegnung bestätigte der Minister ein Versäumnis in Bezug auf die Situation im Nahen Osten und den sich transformierenden arabischen Ländern. Daher setze er darauf, in den Herkunftsländern Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung zu schaffen. Zudem fänden in Baden-Württemberg „keine Nacht- und Nebelabschiebungen mehr“ statt. Auf die Frage nach Richtlinien für baden-württembergische Unternehmen, die mit Entwicklungsländern Handelsbeziehungen unterhalten, mit allen positiven wie auch negativen Folgen, wie sie z.B. durch Waffenhandel entstehen, merkte der Minister an, dass diese Frage nicht einseitig bewertet werden dürfe. Einige Unternehmen, die in der Rüstungsindustrie waren, leisteten dennoch gute Entwicklungszusammenarbeit. Eine Vertreterin der Organisation „Migration ohne Grenzen“ bot zudem ihre Zusammenarbeit mit der Landesregierung an, um entwicklungspolitische Themen mit der Expertise der Migranten zu verbinden, was Minister Friedrich gerne annahm.

### **Workshops: Vorschläge für die zukünftige Landespolitik**

Im Anschluss an die Diskussion waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert, ihre Vorschläge und Gedanken in Workshops einzubringen und gemeinsame Leitlinien zu formulieren. Dies geschah in drei Gruppen zu den Themen Nord-Süd-Partnerschaften, Globales Lernen sowie Fairer Handel und faire Beschaffung / Wirtschaft / Umwelt / ökologische Nachhaltigkeit.

Im ersten Workshop, **Nord-Süd-Partnerschaften**, war vor allem die Frage, was Partnerschaft beinhalte und wie die Wertung von Süd und Nord durchbrochen werden könne hin zu gleichwertigen Partnerschaften. Die Diskussion mündete in konkrete Vorschläge auf verschiedenen Gebieten, darunter die Stärkung dieser Themen in Schule und Hochschulen, dem gemeinsamen Austausch von Fachkräften sowie der gemeinsamen Entwicklung von Zielen, ebenso wie dem Süd-Nord-Austausch von jungen Erwachsenen.

**Globales Lernen** thematisierte neben den Bereichen Schule und Hochschule auch die Fragen nach entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und ihren Herausforderungen. Dazu gehörten die Forderung nach mehr Mitteln ebenso wie konkrete Vorschläge zur Vernetzung der bereits existierenden Initiativen. Auch die Förderung von Hochschulpartnerschaften müsse vorangebracht werden, wie auch die Stärkung der Hochschulen im Allgemeinen, beispielsweise durch die Bildung eines Afrika-Zentrums.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Im dritten großen Themenkomplex, **Fairer Handel und faire Beschaffung / Wirtschaft / Umwelt / ökologische Nachhaltigkeit**, wurde deutlich, dass eine Änderung des Lebensstils einhergehen müsse mit einer geänderten Wirtschaftspolitik. Dazu könnten zentrale Maßnahmen beitragen, wie die Etablierung einer Indexliste zu sozial nicht verträglichen Produktionen, ebenso wie eine „Rote Liste“ hinsichtlich nicht ethischer Weltwirtschaft. Die genossenschaftlichen Strukturen müssten gestärkt werden, so die einhellige Meinung. Die abschließenden Leitlinien zur Ökologie nannten unter anderem die Unterstützung von Grundschulen sowie die Bereitstellung von mehr Lehrmitteln und Lehrkräften, die die Themen der ökologischen Nachhaltigkeit in Schulen etablieren können. Energieeffizienz müsse auch in Projekten mit den Ländern des Südens beachtet werden.



Die Vorschläge der Teilnehmenden und die detaillierten Ergebnisse der Workshops finden Sie in einer getrennten Dokumentation zur Konferenz auf der Website der Landesregierung [www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt). Wir bitten um Ihr Verständnis, dass die Auswertung der vielen Einzelschlüsse eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.

Alle Workshops wählten Delegierte, die auf der für 7. Juli geplanten Delegiertenkonferenz in Karlsruhe gewährleisten sollen, dass die Impulse der Bürger aus den Arbeitsgruppen wahrgenommen werden.

# Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog  
der Landesregierung



**Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER  
GEFRAGT! finden Sie unter:**

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)

[www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt](http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt)

## **Kontakt**

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

[weltbuerger@ev-akademie-boll.de](mailto:weltbuerger@ev-akademie-boll.de)